

NORD|SÜD *news* II/2023



Markt in Hanoi, Vietnam. 70 Prozent aller Nahrungsmitteln werden von Kleinbauern und -Bäuerinnen produziert.

Kampf um die Landwirtschaft

Der Hunger wächst

Wissenschaftlich ist längst klar, was sich im Ernährungssystem ändern müsste. Doch die Wirtschaftsstrukturen blockieren eine solche Entwicklung.

Null Hunger im Jahr 2030 – das wollte die Weltgemeinschaft erreichen, als sie ihre Ziele für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedete. Doch das wird nichts. Im Gegenteil: Die Zahlen steigen. Offiziell sind gegenwärtig 735 Millionen Menschen weltweit betroffen, mehr als jede und jeder elfte.

Im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit ist das eine deutliche Verschlechterung, Entspannung nicht in Sicht: Die Klimaerhitzung nimmt zu, immer häufiger vernichten Dürren und Überschwemmungen die Ernten. Auch der Krieg gegen die Ukraine verschärft die Krise: Die dortigen Landwirt_innen werden in diesem Jahr weniger

als halb so viel Getreide und Ölsaaten ernten wie vor dem russischen Überfall. Hinzu kommt, dass Russland erneut versucht, den Export zu unterbinden. Viele afrikanische Länder sind auf die Lieferungen angewiesen, um ihre Bevölkerung zu ernähren.

Die sich überlagernden Krisen drohen jedoch den Blick auf die dauerhaften Ursachen der weltweiten Unter- und Mangelernährung zu verstellen. Am stärksten unter Hunger leiden ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, die auf dem Land leben. Internationale Investoren suchten insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Weil Grund und Boden ein unvermehrbares Gut ist und damit als sichere Anlage erscheint, kauften sie riesige Landflächen. Darauf lassen sie nun vor allem profitable Energie- und Futterpflanzen sowie Obst, Gemüse und Blumen für den Export →

Inhalt

Kampf um die Landwirtschaft

Der Hunger wächst	S.1
„Auf freiwilliger Basis funktioniert es nicht“	S.3
Zum Gespräch mit Gewerkschaften verpflichtet	S.4
Eine fast friedliche Agrarreform.....	S.5

Aus den Projekten

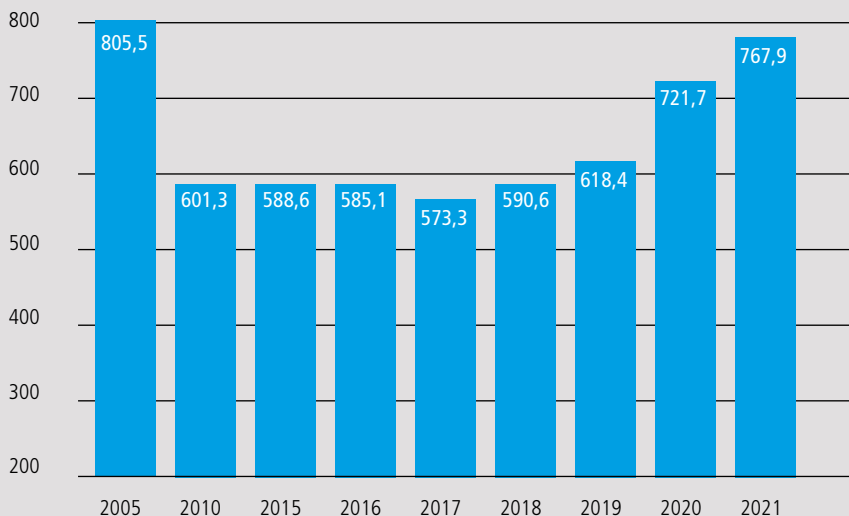
12 Stunden Schichten in nasskalter Umgebung.....	S.6
---	-----

In Kürze

Erster Internationaler Tag der Pflege und Betreuung	
Menschenrechte durchsetzen »Demokratische Räume« für Myanmar	
Rohstoffpolitik – aber richtig!	
Menschenwürdige Arbeit statt Teufelskreis.....	S.7
Impressum	S.7

Anzahl der Menschen, die weltweit unter Hunger leiden 2005-2021 (in Millionen): Die Hungerkrise ist wieder da

Quelle: FAO, The State of Food Security and Nutrition in the World 2022



→ anbauen. Auch Fondsgesellschaften, Finanzspekulanten sowie chinesische Staatsfirmen haben massiv zum „Landgrabbing“ beigetragen.

Für die ansässige Bevölkerung bedeutet dies, dass ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Nur wenige finden Arbeit auf den hochindustriell arbeitenden Plantagen. Weil sie keinen Platz mehr haben, um ihre Nahrung selbst anzubauen, ziehen immer mehr Menschen in die Städte und versuchen dort, sich irgendwie durchzuschlagen. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass im Globalen Süden 70 Prozent der Menschen im sogenannten informellen Sektor arbeiten, also ohne Vertrag, geregelte Einkünfte und Arbeitszeiten. Formelle Stellen gibt es in vielen Ländern lediglich im öffentlichen Dienst und bei internationalen Großunternehmen.

Zwar ist akuter Hunger in den Städten weniger verbreitet als auf dem Land. Dafür macht sich dort ein anderes Ernährungsproblem mit erschreckender Geschwindigkeit breit: Übergewicht und Adipositas. Ursache sind hochindustriell hergestellte Lebensmittel, die viel Zucker als billigen Füllstoff enthalten. Die kalorienhaltige Fertignahrung kostet nicht nur weniger als frisches Gemüse und Obst. Sie muss auch nur kurz aufgewärmt werden oder lässt sich gleich so in den Mund schieben. Für Menschen mit mehreren schlecht bezahlten Jobs und wenig Zeit ist das praktisch. Die Weltbank schätzt, dass bereits zwei Milliarden Menschen an Fettleibigkeit leiden. Seit 1995 hat sich die Zahl verdreifacht. Nicht nur für die Betroffenen bedeutet das viel Leid. Weil die Gesundheitssysteme durch immer mehr Herz-Kreislauferkrankungen und Gelenk-

probleme stark belastet werden, sind auch die volkswirtschaftlichen Kosten enorm hoch.

Profiteure dieser Entwicklung sind vor allem Firmen wie Nestlé und Unilever. Auch in der Fleischverarbeitung und im Lebensmittel-Einzelhandel gibt es starke Konzentrationsprozesse. Fast alle Konzernzentralen haben ihre Sitze im Globalen Norden – und so fließen die Gewinne dorthin. Dagegen verschwinden immer mehr örtliche Unternehmen, die dem Preisdruck der Giganten nicht standhalten können. Entsprechend gehen auch viele Arbeitsplätze verloren.

»Nur wenige finden Arbeit auf den hochindustriell arbeitenden Plantagen.«

Bereits 2008 haben rund 400 Wissenschaftler_innen und Expert_innen den Weltagrarbericht erarbeitet. Sie kommen zu dem eindeutigen Ergebnis: Weiter wie bisher ist keine Option. Die immer wieder aufgetischte Argumentation, dass eine wachsende Menschheit ausschließlich mit einer industriellen Landwirtschaft ernährt werden kann, ist falsch. Deren Produktionsmengen lassen sich nur erzielen mit Hilfe von viel Agrochemie, künstlicher Bewässerung und extrem energieaufwändig hergestelltem Stickstoff-Dünger. Diese Wirtschaftsweise ruiniert nicht nur das Klima – etwa ein Drittel der Treibhausgase ist auf unser heutiges Ernährungssystem zurückzuführen. Auch Humusgehalt und Wasserhalte-


fähigkeit der Böden sinken dramatisch, Erosion breitet sich aus.

Was aber ist die Alternative? Die Autor_innen des Weltagrarberichts plädieren für eine kleinteilige, vielfältige, regional angepasste Produktionsweise. Ähnliches fordert die IUL, die globale Gewerkschaft für Lebensmittel, Landwirtschaft, Hotels und mehr. Sie hat auch **einen Leitfaden** veröffentlicht, wie sich Gewerkschaften in ihrem jeweiligen Kontext für eine sozial-ökologische Transformation des Sektors einsetzen können.

Tatsächlich erzeugen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen immer noch 70 Prozent aller Nahrungsmittel weltweit. Viele Farmen haben weniger Fläche als zwei Hektar und dienen überwiegend der Selbstversorgung. Zusätzlich verkaufen die Familienbetriebe meist kleinere Mengen auf dem regionalen Markt. Doch auch hier lässt sich vielfach beobachten, dass Böden übernutzt sind und die Erträge schrumpfen. Nötig wäre die Anwendung agrarökologischer Methoden wie Mulchen, Mist- und Kompostwirtschaft, um die dauerhafte Fruchtbarkeit der Böden wieder herzustellen und zu erhalten. Eine solche Agrarwirtschaft braucht nicht nur entsprechende Bildungsprogramme, sondern im Alltag auch viel mehr Hände als die industrielle Produktionsweise.

Doch selbst eine wachsende Menschheit ist ernährbar, ohne den Planeten weiter zu ruinieren. Das ist die gute Botschaft der EAT-Lancet-Kommission, an der 37 Wissenschaftler_innen unterschiedlicher Disziplinen beteiligt waren. Allerdings müsste sich dafür nicht nur in der Landwirtschaft sehr vieles ändern, sondern auch bei den Konsument_innen. Die Kommission listet in ihrem ersten Bericht von 2019 genau auf, was bei einer weltweit gerechten Verteilung jeden Tag im Durchschnitt auf dem Teller liegen könnte. Das sind neben 14 Gramm Rind- oder Schweinefleisch sowie 29 Gramm Geflügel vor allem Hülsenfrüchte, Nüsse sowie Gemüse.

Natürlich braucht ein Schwerarbeiter mehr Essen als ein Baby. Doch als Orientierung ist der „Speiseplan für Mensch und Erde“ sehr brauchbar. Auch positive Rückwirkungen auf die Landwirtschaft hat die Kommission mit einkalkuliert. Bohnen und Erbsen sind nicht nur proteinreich für die Essenden. Die Hülsenfrüchte erledigen in Kooperation mit Bakterien auch leicht und lautlos, was in der Chemiefabrik mit extrem viel Energieaufwand geschieht: die Herstellung von Stickstoffdünger. Für 2024 ist übrigens der EAT-Lancet-Report 2.0 angekündigt, der auch Übergangswege zu einer nachhaltigeren und gerechteren Landwirtschaft bewertet.

 Autorin: Annette Jensen lebt als Journalistin in Berlin und befasst sich mit Wirtschaft, Umwelt und der notwendigen Transformation.



»Auf freiwilliger Basis funktioniert es nicht«



Foto: European Union 2023

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen trifft Brasiliens Staatschef Lula in Brasilien im Juni 2023.

Die EU und die Mercosur Staaten, das sind Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, wollen ein Handelsabkommen abschließen. Brasiliens Präsident Lula da Silva lehnt aber Sanktionen bei Verletzung von Menschenrecht- und Umweltstandards ab. Es gehe um Vertrauen. Für DGB-Handelsexpertin Nora Rohde reicht Vertrauen nicht.

Nord Süd news: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte unlängst, das EU-Mercosur-Abkommen befinde sich nahe der „Ziellinie“. Bei Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und Argentinien Staatschef Alberto Fernández klingt das anders. Was denken Sie?

Nora Rohde: Es gibt definitiv Nachbesserungsbedarf. Aufgrund der geopolitischen Lage wird derzeit viel über moderne Partnerschaften gesprochen. Wenn wir diese ernst meinen, muss das Abkommen verändert werden. Deshalb befinden wir uns noch nicht in der Nähe der Ziellinie.

Was heißt das für den Agrarbereich – worum geht es den Mercosur-Staaten?

Sie fürchten, eine Marktöffnung werde langfristig ihre klein- und mittelständische Landwirtschaft gefährden. Ähnliches gilt für Unternehmen in anderen Sektoren, wenn der Beschaffungsmarkt für die EU geöffnet wird. Das wird von der EU in allen Handelsabkommen gefordert. Aus Sicht des DGB gibt es außerdem beim Nachhaltigkeitskapitel noch großen Bedarf für Veränderungen.

Wo hakt es?

Das Nachhaltigkeitskapitel umfasst Umwelt- und Arbeitnehmer_innenstandards, hier vor allem die ILO-Kernarbeitsnormen. Daran knüpft

auch die Frage von Rechten der Indigenen und des Stopps der Entwaldung an. Zu diesem Punkt hat die EU mit der Richtlinie für entwaldungsfreie Lieferketten eine sanktionsbewährte Initiative gestartet. Allerdings umfasst das Nachhaltigkeitskapitel ja auch über die Entwaldung hinausgehende Umwelt- und Sozialstandards. Wenn Unternehmen dagegen verstoßen, würden aktuell keine Sanktionen folgen. Das ist problematisch, sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung haben sich klar zu Sanktionen bekannt.

Genau solche Sanktionen sind jedoch wunder Punkt in den Mercosur-Staaten. Lula sagte, eine Partnerschaft müsse auf Vertrauen und nicht auf Sanktionen aufgebaut sein. Können Sie seine Kritik verstehen?

Ja, ich kann das verstehen. Deshalb muss das Abkommen ausgewogen gestaltet sein. Die Standards des Abkommens sind die ILO Kernarbeitsnormen, also grundlegende Minimalstandards, auf die sich mehr als 180 Ländern geeignet haben. Mit dem Pariser Klimavertrag hat man sich international auf das gemeinsame Ziel verpflichtet, den Klimawandel aufzuhalten. Diese Verpflichtungen müssen sich auch in Handelsabkommen widerspiegeln. Und es muss gewährleistet sein, dass sich auch Unternehmen daran halten. Die jahrelange Erfahrung zeigt allerdings, dass das auf freiwilliger Basis nicht funktioniert. Es braucht die Möglichkeit von Sanktionen als letzte Eskalationsstufe, wenn alle anderen Schritte nicht funktionieren. Das heißt nicht, dass wir immer so weit gehen wollen.

In einem Positionspapier des DGB wird die Befürchtung geäußert, durch das Abkommen könnten die Mercosur-Staaten zu reinen Rohstofflieferanten verdammt werden. Wie kommen Sie darauf?

Schon jetzt ist der Handel der EU mit den Mercosur-Staaten durch den Export von Rohstoffen geprägt. Verarbeitet werden diese Produkte in der EU oder anderen Ländern. Die Wertschöpfung würde also zu einem großen Teil außerhalb des Mercosur stattfinden. Diese Tendenz würde das Abkommen durch Zollabbau et cetera weiter verschärfen. Um dem entgegenzuwirken, muss es die Möglichkeit geben, Industrie und Wertschöpfung vor Ort aufzubauen. Das Handelsabkommen steht solchen Ziele aber entgegen.

Nach heftiger Kritik hat die EU einen Zusatzvertrag für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit nachgelegt. Reicht das nicht aus?

Das Problem ist, dass man nicht genau weiß, was in diesem Zusatzvertrag steht. Es gibt zwar einen Leak. Allerdings sei dieses veröffentlichte Dokument nicht auf dem aktuellen Stand, wurde uns gesagt. Und was wir in dem Leak lesen konnten, bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, auch im Hinblick auf Sanktionen. Es ist praktisch eine Wiederholung dessen, was schon im Abkommen steht, nur in anderen Worten. Außerdem fragen wir uns, welche Verbindlichkeit das Dokument haben wird. Auch beim CETA-Abkommen mit Kanada gab es ein Zusatzprotokoll, wo eine Überarbeitung des Nachhaltigkeitskapitels mit Sanktionsmöglichkeiten verankert ist. Aber wir warten seit fünf Jahren darauf, dass es dazu kommt. Ob höhere Standards überhaupt in solchen Protokollen geregelt werden können, ist unklar.

Was wäre die Alternative? Komplett neu verhandeln?

Dass man nach zwanzig Jahren nicht komplett von vorne anfangen will, ist verständlich. Da kann ich die Skepsis der Politik durchaus nachvollziehen. Allerdings ist auch die Frage berechtigt, ob ein zwanzig Jahre altes Mandat den heutigen Bedingungen, gerade im Hinblick auf Klimawandel und geopolitischer Lage, noch gerecht wird. Deshalb sollten sich die Verhandlungen gegenseitig die Flexibilität einräumen und an einigen Punkten nachbessern, um doch noch einen ausbalancierten Text hinzubekommen, der die Interessen beider Seiten widerspiegelt.



Die Interviewte:

Nora Rohde ist Referentin für internationale Handelspolitik und öffentliche Daseinsvorsorge beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Zuvor arbeitete sie zu handelspolitischen Themen in verschiedenen NRO sowie für die Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, D.C. und Berlin zu Themen globaler Wirtschaftsgovernance.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Der Interviewer:

Niklas Franzen lebt in Berlin und São Paulo und berichtet seit vielen Jahren aus und über Brasilien.

Zum Gespräch mit Gewerkschaften verpflichtet



Foto: ILO/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Jetzt stärker unter Beobachtung: Fischfabrik in Vietnam.

Fast 60 Prozent der Fälle von Zwangsarbeit entfallen auf Landwirtschaft und Fischindustrie. Das deutsche Lieferkettengesetz soll dem entgegenwirken und Arbeits- und Menschenrechte im Geschäft der Supermärkte stärken. Was bringt es?

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, Zwangsarbeit in der Orangensaftindustrie, Verfolgung von Gewerkschafter_innen des Kaffeeanbaus – die Liste von dokumentierten Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen entlang der Lieferkette im Lebensmittelsektor ist lang. Die Arbeiter_innen in der Nahrungsmittelproduktion sind besonders von Menschenrechtsverletzungen bedroht: Laut dem UN-Bericht zu Menschenhandel 2022 fanden rund 29 Prozent der erfassten Fälle von Zwangsarbeit zwischen 2012 und 2021 in der Landwirtschaft statt und etwa 28 Prozent in der Fischindustrie.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) soll das ändern. Mit ihm werden Firmen mit Sitz in Deutschland verpflichtet, ihre Lieferketten zu überprüfen und gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Seit dem 1. Januar 2023 gilt das Gesetz. Unternehmen mit mindestens 3.000 Mitarbeitenden müssen seitdem analysieren, welche Risiken von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten bestehen. Sie müssen präventive Maßnahmen ergreifen, um Verstößen vorzubeugen. Bei Rechtsverletzungen müssen sie Abhilfe schaffen. Außerdem muss ein internes Beschwerdeverfahren eingerichtet werden. Ab 2024 gilt

das Gesetz auch für Unternehmen mit mindestens 1.000 Mitarbeitenden. Gibt es nach rund acht Monaten Erfolge?

„Im Moment kann ich noch nicht sagen, das Gesetz wirkt, aber es ist normal, dass es nach so einer kurzen Zeit global noch keine starke Veränderung gab“, sagt Peter Schmidt. Er ist seit 35 Jahren Gewerkschafter, 13 Jahre davon als hauptamtlich Beschäftigter Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats von Nestlé. Bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten war Schmidt lange zuständig für Internationales und Europa. Heute ist er Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, einem Nebenorgan der EU, in dem Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen vertreten sind. Schmidt wertet das sogenannte Lieferkettengesetz als Erfolg für Arbeitnehmerrechte. Gewerkschaften hätten damit ein Druckmittel.

Um Risiken wirksam zu analysieren und Maßnahmen zu treffen, sind Manager vor Ort auf Gewerkschaften angewiesen, meint Schmidt. Das Gesetz verlange die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen, die sei nicht überall üblich. „Das gibt uns die Möglichkeit, dass die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel in Indonesien oder Pakistan tatsächlich Zugang zu den Unternehmensführungen finden. Multinationale Unternehmen sind extrem zentralistisch organisiert, sie sind dann also von oben verpflichtet, in Gespräche mit den Gewerkschaften einzutreten. Das funktioniert natürlich nicht von heute auf morgen“, so der Gewerkschafter.

Schmidt weiß aus Erfahrung, wie Gewerkschaften in europäischen Unternehmen über ihre Beziehungen zum Management Arbeitnehmervertretungen in anderen Ländern unterstützen können, selbst dort, wo sie es politisch schwer haben. Auf die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften entlang der Lieferkette werde es ankommen, um Verbesserungen für Arbeitnehmende zu erwirken, meint er.

Das zeigt auch eine aktuelle Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, auch wenn es darin um die Wirkungen des Lieferkettengesetzes im Automobilsektor in Südafrika, Kenia und Ghana geht. Die Autor_innen kommen zu dem Schluss, dass zuerst Arbeitnehmende, insbesondere am Anfang der Lieferkette, sowie Graswurzelbewegungen über die Möglichkeiten des Gesetzes informiert werden müssen.

Vor allem prekäre Beschäftigte sind von Menschenrechtsverletzungen bedroht: Erntehelfer_innen auf Kakaoplantagen in Ghana oder auf Spargelfeldern in Deutschland. Sie sind häufig unregelmäßig beschäftigt, auf die Arbeit angewiesen und schlecht vertreten. Es ist fraglich, ob sie von Beschwerdemechanismen Gebrauch machen. Im deutschen Lieferkettengesetz sind Unternehmen aber nur verpflichtet, mittelbare Zulieferer zu überprüfen – außer es gibt Hinweise auf Verletzungen bei Zulieferern weiter am Anfang der Kette.

Die Frage, was genau die Beachtung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten – wie es im Gesetz steht – „in angemessener Weise“ ausmacht, wird im Laufe der Zeit verhandelt werden. Dafür gibt es etwa die Überprüfung von Beschwerden durch das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bei der Erfüllung von Sorgfaltspflichten ist zum Beispiel im Gesetz nicht explizit festgeschrieben. Dort heißt es zwar auch, Unternehmen müssen „angemessene Löhne“ zahlen. Genauer definiert ist aber auch das nicht. Viele Branchenstandards oder nationale Mindestlöhne sind nicht existenzsichernd. Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen Löhnen und Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsarbeit oder Kinderarbeit hinreichend belegt.

„Der Kapitalismus ist mit dem Gesetz nicht abgeschafft“, sagt Schmidt. „Lebensmittelkonzerne haben Profitmargen zwischen 17 und 23 Prozent.“ Um Profite zu sichern, üben sie Druck auf die Versorgungskette aus. Gleiches gilt für Supermärkte in Deutschland, wo sich nur fünf große Unternehmen den Markt teilen. Verstöße gegen Menschenrechte müssten mit viel höheren Strafen belegt und so richtig teuer gemacht werden, findet Schmidt.

 Die Autorin: Leila van Rinsum lebt als Journalistin in Berlin, ihr Schwerpunkt: Internationaler Handel und Entwicklungspolitik.

Eine fast friedliche Agrarreform



Foto: Hembo Pagiflickr, CC BY-NC-ND 2.0

Einer von rund 60.000 Reisbauern und -bäuerinnen in Kolumbien. Arbeitsbedingungen: prekär.

Kolumbiens Präsident Gustavo Petro will eine ökologischere Landwirtschaft, auch um unabhängig zu werden etwa von Bohnen aus den USA und China. Die Bauern und Bäuerinnen fordern jedoch mehr: eine ländliche Entwicklung. Einige ziehen dafür bis vor das Agrarministerium.

„Nein zu Importen und Ja zur Lagerung“, skandierten mehrere hundert Reisbauern und -bäuerinnen vor dem Agrarministerium an der 7. Straße in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, Ende Juni. „Wir fordern ländliche Entwicklung“ war auf einem Transparent von einigen zu lesen, die aus dem Departamento Huila angereist waren.

Huila, Meta, Tolima und Casanere heißen die wichtigsten Reisanbauregionen des Landes und die weißen Körner zählen in dem südamerikanischen Land zu den Grundnahrungsmitteln. Doch die Anbaubedingungen für die rund 60.000 Reisbauern und -bäuerinnen dort sind prekär. Zum einen machen ihnen Klimawandel und ausbleibende Regenfälle zu schaffen, zum anderen internationale Freihandelsverträge. Mit ihnen wurde der kolumbianische Markt weit geöffnet für billigere Konkurrenz vor allem aus den USA und dem benachbarten Ecuador.

„Parallel zur Marktöffnung wurde die Infrastruktur abgebaut, die wir brauchen, um unseren Reis einzulagern und nach Ernteende peu à peu auf den Markt zu bringen“, kritisierte Julio Calas, Redner auf der improvisierten Bühne vor dem

Agrarministerium. Drinnen verhandelten derweil Vertreter_innen der Demonstrierenden mit dem Stab von Ministerin Jhénifer Mojica. Sie hat entgegenkommen signalisiert. Die Regierung von Gustavo Petro strebt eine agrarpolitische Kehrtwende an: Sie wollen Ernährungssicherheit, ökologischen Anbau und eine Agrarreform.

»Kolumbien war bis vor 20 bis 30 Jahren komplett unabhängig von Nahrungsmittelimporten. Dann kam die neoliberale Regierungsperiode.«

Gewerkschafter Fabio Arias

„Das hat revolutionären Charakter, ist aber in einem Land wie Kolumbien alles andere als einfach umzusetzen“, so Fabio Arias, der Vorsitzende der CUT, der Central Unitaria de Trabajadores de Colombia. Der größte Gewerkschaftsdachverband unterstützt nicht nur den Kurs der Regierung, sondern auch die Forderung der Reisbauern. „Kolumbien war bis vor 20 bis 30 Jahren komplett unabhängig von Nahrungsmittelimporten. Dann kam die neoliberale Regierungsperiode, die unsere Landwirtschaft brutal öffnete. In der Konsequenz importieren wir heute Bohnen aus China und den USA, obwohl hier die Felder oft brach liegen“, kritisiert der 60-jährige. Das

liegt für Arias an zwei Faktoren: der Landkonzentration und den Freihandelsverträgen.

Dem ersten Faktor will die Regierung Gustavo Petro durch den Aufkauf von Brachland und die Einrichtung eines Landkatasters beikommen. Drei Millionen Hektar sind es, die in einem ersten Schritt vom ultrakonservativen Dachverband der Viehzüchter, Fedegán, gekauft werden sollen. Zwar wird noch verhandelt, aber einzelne Flächen sind bereits erworben und auch schon umverteilt worden.

Das ist in Kolumbien überaus symbolträchtig nach Dekaden der Zwangsenteignung mit vorgehaltener Waffe. Damit sich das nicht wiederholen kann, soll ein modernes Landkataster eingerichtet werden. Dabei steht die deutsche Regierung mit beratender Expertise zur Seite. Das Kataster könnte, so das Ziel der Regierung Petro, die Grundlage für die Besteuerung von Brachland liefern und so Druck auf die Großgrundbesitzer aufbauen, Land zu verkaufen. Für ihre Flächen haben sie in der kolumbianischen Geschichte selten oder nie Abgaben entrichtet.

Diese friedliche Agrarreform durch die Hintertür hat bereits die ersten formellen Hürden im Parlament genommen, was zumindest von Kleinbauern-Genossenschaften als historisch gefeiert wurde. Richtig ökonomisch durchschlagen wird sie aber wohl erst, wenn es begleitende Maßnahmen gibt, die Infrastruktur verbessert und staatliche Gesundheitseinrichtungen ausgebaut werden, auch Schulen, Gerichte und vieles mehr. Die von den Reisbauern eingeforderten Lagerhallen für Reis, Getreide und andere langlebige Nahrungsmittel wie Bohnen oder Mais zählen ebenfalls dazu. Die Bauten würden ihre Marktposition verbessern.

Das allerdings ist nicht im Interesse aller: Die USA, die EU und andere Big Player werden auf die Erfüllung der Freihandelsverträge pochen, um weiter ihre billigeren Waren auf den kolumbianischen Markt bringen zu können. Maßnahmen wie die von den Reisbauern geforderten Zölle gegen Billigimporte wird die Regierung Petro kaum ohne Konsequenzen wie Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten initiieren können. Was bleibt, ist die Hoffnung auf Nachverhandlungen, so Fabio Arias. Er fordert zudem, dass die Regierung Petro alsbald mit Konzepten aufwartet, um den kleinen ökologischen Sektor im Land zu stärken. Der hat bei Kaffee, Honig und Kakao bereits einige Achtungserfolge vorzuweisen – inklusive Exporten nach Deutschland.

Der Autor: Knut Henkel lebt als Journalist in Hamburg und reist regelmäßig nach Kolumbien.

12 Stunden Schichten in nasskalter Umgebung



Foto: Marcel Crozet / iStockphoto, CC BY-NC-ND 2.0

Draußen ist selten: Arbeiterin beim Fischtrocknen auf einer kleinen Insel mit Blick auf das Hafengebiet von Mangalore in Indien.

Frauen, die in Fabriken Meeresfrüchte verarbeiten, erleiden häufig Schnittverletzungen und Hautinfektionen. Sie haben regelmäßig Fieber, sind oft Belästigungen ausgesetzt. Ashmita Sharm kämpft mit der Nichtregierungsorganisation Society for Labour Development (SLD) dagegen und fordert „ein globales Netzwerk der Solidarität“.

Nord Süd news: Ashmita Sharma, die Meeresfrüchteindustrie wächst sehr stark, weil der Konsum weltweit zunimmt. Der größte Teil der Produkte wird in Afrika und Asien beschafft und verarbeitet. Während Männer hauptsächlich in der Fischerei und Fischzucht arbeiten, wird der Verarbeitungssektor von Frauen dominiert. Wie ist deren Lage?

Ashmita Sharma: Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken sind prekär. Die Löhne sind extrem niedrig – nicht genug, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Arbeiterinnen haben kein direktes Beschäftigungsverhältnis mit den Fabriken, in denen sie arbeiten, und sind daher vom Arbeitsrechtsschutz ausgeschlossen. Sie werden von Personalvermittlern, sogenannten Contractors, rekrutiert, die aus demselben Dorf stammen wie sie. Frauen arbeiten in der Regel 12 Stunden pro Tag in Schichten von 9 bis 21 Uhr, auch Samstag und Sonntag. Sie haben im Monat zwei bis drei Tage frei, es ist nicht festgelegt, wann das ist. Es gab auch Fälle, in denen Arbeitnehmerinnen verpflichtet waren, bis 2 Uhr morgens zu arbeiten. Dabei sind Schichten, die bis in die Nacht reichen, meist für Wanderarbeiterinnen vorgesehen. Diese Beschäftigten sind einem höheren Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt.

Wie sind die Bedingungen am Arbeitsplatz?

Die Risiken für die Gesundheit am Arbeitsplatz sind hoch, die Arbeitssicherheit in den Verarbeitungsbetrieben ist unzureichend. Beispielsweise müssen Arbeitnehmerinnen bei sehr niedrigen Temperaturen von bis zu 10 Grad Celsius arbeiten. Aufgrund unzureichender Sicherheitsausrüstung erleiden Arbeiterinnen häufig Schnittverletzungen und Hautinfektionen. Sie haben regelmäßig Fieber oder leiden unter Kopfschmerzen, Augenentzündungen oder Atemproblemen. Darüber hinaus entstehen starke Schmerzen im unteren Rücken durch stundenlange, sich wiederholende Arbeit in nasser und kalter Umgebung.

Gibt es geschlechtsspezifische Herausforderungen? Sie sprachen von geschlechtsspezifischer Gewalt.

Es besteht auch die Gefahr geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung in den Fabriken. Die Vorgesetzten in den Fabriken sind überwiegend männlich. Es gibt Muster von körperlicher und geistiger Verletzung, von sexueller Belästigung, Nötigungen, Drohungen oder Freiheitsberaubung. Frauen werden keine angemessenen Pausen eingeräumt, um auf die Toilette zu gehen.

Mit was für einem Projekt will Ihre Organisation SLD jetzt gegensteuern?

Es geht darum, Arbeiterinnen in der Fischverarbeitungsindustrie zu organisieren und ihre Führungsqualitäten auszubauen und zu stärken. Verarbeitungsbetriebe müssen die Kosten für existenzsichernde Löhne, Acht-Stunden-Arbeitsschichten, angemessene Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen und soziale Sicherheit in die Kosten für Meeresfrüchteprodukte

einbeziehen, was wiederum die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten verbessern wird. Damit eines dieser Ziele erreicht werden kann, ist es sehr wichtig, dass Arbeiterinnen zusammenkommen und ihre Stimme gegen Arbeitsrechtsverletzungen am Arbeitsplatz erheben.

Wie gehen Sie vor?

Auf der Mikroebene zielt das Projekt darauf ab, Arbeiterinnen die Möglichkeit zu geben, auf Fabrikebene in der Meeresfrüchteverarbeitungsindustrie von Veraval, Gujarat, vertreten zu werden. Auf der Makroebene wollen wir gemeinsam mit anderen interessierten Organisationen einen gemeinsamen Rahmen für die Interessenvertretung entwickeln. Ziel ist es, durch Lobbyarbeit auf Branchenebene menschenwürdige Arbeitsplätze für Abnehmer_innen in der Fischverarbeitungsindustrie zu schaffen.

Welchen Einfluss haben die Abnehmer der Meeresfrüchte?

Internationale Käufer_innen tragen ein hohes Maß an Verantwortung und sollten dafür Rechenschaft ablegen. Die Einkaufspraktiken wirken sich auf Lieferanten aus, und das wiederum wirkt sich auf die Beschäftigten aus. Wenn Lieferant_innen eine stabile Geschäftsbeziehung zu ihren Abnehmer_innen haben, führt dies insgesamt zu besseren Arbeitsbedingungen. Das Machtungleichgewicht zwischen Käufer- und Zulieferbetrieben wurde während der Covid-19-Pandemie und des in Indien verhängten Lockdowns deutlich. Beschäftigte litten stark darunter, dass sie ihren Arbeitsplatz verloren, nachdem Markenfirmen Bestellungen storniert hatten. Auch bei den Zulieferern drohte große Unsicherheit. Es ist sehr wichtig, dass wir die Vernetzung in der globalen Wertschöpfungskette bewerten und uns nicht nur auf bestimmte Teile davon konzentrieren.

Was ist mit anderen Beteiligten wie Gewerkschaften und NGOs?

Der Appell an sie ist, ein globales Netzwerk der Solidarität aufzubauen, um die Arbeitsnormen durch die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeit in der globalen Lieferkette zu verbessern.



Die Interviewte:
Ashmita Sharma ist Geschäftsführerin der in Delhi ansässigen NGO Society for Labor and Development (SLD), die sich für Arbeits- und Frauenrechte einsetzt



Foto: privat

Die Interviewerin:
Anja Krüger ist Journalistin und lebt in Berlin.



Erster Internationaler Tag der Pflege und Betreuung



Foto: CC BY 2.0 United Workers/flickr

Vier Jahre ist es her, dass die Gewerkschaftsbewegung einen Internationalen Tag der Pflege und Betreuung ausgerufen hat, um Investitionen in die Pflegewirtschaft zu beschleunigen. Nun haben die Vereinten Nationen ihn adaptiert: Am 29. Oktober 2023 findet der Tag erstmals unter ihrem Dach statt. Ziel ist, das Bewusstsein für die Bedeutung der Pflege und die Notwendigkeit von Investitionen in eine widerstandsfähige und integrative Pflegewirtschaft zu schärfen. „Die Anerkennung des 29. Oktobers als Internationaler Tag der Pflege durch die UNO ist ein großer Schritt nach vorn für Frauen, für pflegende Angehörige und diejenigen, die sie pflegen, sowie für die Gesellschaft als Ganzes“, sagt der amtierende Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Luc Triangle. Die Gewerkschaften würden den Tag nutzen, um die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in der Pflege, eine bessere Entlohnung und Vertretung der Pflegekräfte, die ausdrückliche Anerkennung der Gewerkschaften als Hauptakteure, die Förderung des sozialen Dialogs und der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation zu fordern.

Menschenrechte durchsetzen

Am 20. Juli ist in Deutschland ein sogenanntes Fakultativprotokoll in Kraft getreten. Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Akteur_innen können sich auf dieser Grundlage nun bei Verstößen gegen die Rechte, die im UN-Sozialpakt garantiert werden, an den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wenden. Zu den garantierten Rechten gehören unter anderem das Recht auf Gesundheit, Wohnen, Bildung, Nahrung, Unterkunft, Wasser, das Recht auf Arbeit unter fairen und angemessenen Bedingungen, das Recht auf soziale Sicherheit und das Recht auf ein angemessenes Einkommen und einen angemessenen Lebensstandard. Auch schutzsuchende und migrierte Menschen können das Beschwerdeverfahren nutzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen „die lange überfällige Ratifizierung des Fakultativprotokolls“, bemängeln aber, dass es

– anders als im Sozialpakt – keine kollektiven Beschwerdemöglichkeiten gibt. Diese müssten nachträglich implementiert werden. Eine Handreichung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, die sich an Privatpersonen, NRO und Anwält_innen richtet, gibt einen Überblick, wie das Verfahren abläuft, und hilft mit konkreten Handlungsempfehlungen.

Der Bericht: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Information/Information_Individualbeschwerden_WSK-Ausschuss.pdf

»Demokratische Räume« für Myanmar

Wie organisieren sich Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen in einem Land, in dem das Militär die Macht übernommen hat und alle Versuche der Gegenwehr unterdrückt? In Myanmar, das seit Februar 2021 in diesem Ausnahmezustand ist, haben die dortige Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, der Dachverband der birmanischen Gewerkschaften und andere nationale Branchengewerkschaften im Rahmen des Projekts „Organising Beyond Borders“ eine neue Strategie entwickelt: Kern ist die Nutzung „demokratischer Räume“ innerhalb und außerhalb Myanmars, wo die Macht und der Einfluss der Militärjunta schwach sind. In einem Bericht, den die Bau- und Holzarbeiter-Internationale BHI erarbeitet hat, greifen die Autor_innen die Erfahrungen der involvierten Gewerkschafter_innen auf und beschreiben die Wege, wie sie ihre Organisations- und Lobbyarbeit fortsetzen, auch wenn sie dabei immer wieder ihre Freiheit und ihr Leben riskieren.



Mehr Informationen: https://drive.google.com/file/d/1HGBQB9KzvFmznUWI-8PI-_bVywVcCUqjZ/view?pli=1

Rohstoffpolitik – aber richtig!

Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft bedeutet eine Menge Mehrbedarf an Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel, Gallium oder Germanium, die für Solarzellen, Windräder, Akkus für E-Mobilität oder Halbleiter insgesamt gebraucht werden. Diese Materialien kommen zum einen oft aus kritischen Ländern wie China, wo mit wirtschaftlichen auch politische Abhängigkeiten drohen. Zum anderen werden sie vielerorts unter Bedingungen gewonnen, die nicht mit den Internationalen Arbeitsstandards und den Menschenrechten vereinbar sind. Wie sollen Gewerkschaften damit umgehen, wenn eine

resiliente und nachhaltige Rohstoffversorgung für einen zukunftsfähigen Umbau unumgänglich ist? In einem Positionspapier hat der DGB dafür gewerkschaftliche Anforderungen formuliert.

Mehr Informationen: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/struktur-industrie-und-dienstleistungspolitik/+co++0a451734-311c-11ee-a6e6-0014a4160123>

Menschenwürdige Arbeit statt Teufelskreis

Es ist ein Aufruf im Vorfeld des Sustainable Development Goal-Gipfels am 18. und 19. September in New York. Staats- und Regierungschefs werden dort beraten, wie die Weltgemeinschaft ihre selbst gesteckten Nachhaltigkeitsziele im Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit erreichen kann. 17 Ziele sind es insgesamt, 193 Staaten hatten sie im Jahr 2015 mit der Agenda 2030 beschlossen. Erreicht sind sie noch lange nicht, im Gegenteil. Damit sich dies ändere, sei Ziel 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ entscheidend, erklärte jetzt Gilbert F. Houngbo, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Es habe Auswirkungen auf alle anderen Ziele und müsse politisch mutig und von allen Ländern angepackt werden. Sonst riskiere die Menschheit, warnte Houngbo, auf einem für immer geschädigten Planeten in einen Teufelskreis aus Krisen und Konflikten zu geraten.



Foto: CC BY 2.0 M.Crozet / ILO

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Projektleitung: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Layout: VOIGT.GRAFIK, Düsseldorf; voigtgrafik.de

DGB Bildungswerk BUND
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de
ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung